STADT
BOCHUM

Formulare zum Nachweis der Eignung

Stadt Bochum –
Totalunternehmer / Totalübernehmer
Arnoldschule, Arnoldstr. 31

Hinweise:

1. Auf die in der EU-weiten Bekanntmachung aufgenommenen Mindestanforderungen an die Eignung ist zu achten! Werden diese nicht erreicht, muss ein Ausschluss erfolgen.

2. Bitte reichen Sie die nachfolgenden Formulare ausgefüllt an den dafür vorgesehenen Stellen zurück.

3. Die eingereichten und ausgefüllten Formulare sind ohne Unterschrift gültig; es sei denn, eine Unterschrift ist ausdrücklich gefordert.

STADT BOCHUM

Formular I
Erklärung der Bewerbergemeinschaft

(Von der Bewerbergemeinschaft auszufüllen. Sofern die Bewerbergemeinschaft mehr als vier Mitglieder haben soll, ***ist das Formular zu vervielfältigen****.)*

☐ Die Bildung einer Bewerbergemeinschaft ist nicht vorgesehen

☐ Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

Mitglied _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter: _____

Wir erklären, dass

- der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt sowie berechtigt ist, ein gemeinsames Angebot abzugeben und
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Ort)	(Datum)	(Firmenstempel und Unterschrift)
(Ort)	(Datum)	(Firmenstempel und Unterschrift)
(Ort)	(Datum)	(Firmenstempel und Unterschrift)
(Ort)	(Datum)	(Firmenstempel und Unterschrift)

STADT BOCHUM

Formular II
Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

(Das Formular ist von allen beteiligten Unternehmen auszufüllen, d.h. vom Bewerber, sämtlichen Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft und bereits benannten Unterauftragnehmern mit oder ohne Eignungsleihe. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bewerber
☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
☐ Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe
☐ Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe

1. Ich/Wir erkläre(n), dass
   - keine Person, deren Verhalten[1] meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach[2]:

     a) § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

     b) § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

     c) § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),

     d) § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

     e) § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder

[1] Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

[2] Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

in ihrem Auftrag verwaltet werden,

f) § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit, Bestechung und Bestechung im Gesundheitswesen),

g) § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) und § 108f des Strafgesetzbuches (Unzulässige Interessenwahrnehmung),

h) den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

j) den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung),

- mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).

2. Ich/wir erkläre(n), dass

- mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen – insbesondere auch nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz, dem Aufenthaltsgesetz, dem Mindestlohngesetz, dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz, dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sowie dem Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung von Produkten – verstoßen hat,

- mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und seine Tätigkeit auch nicht eingestellt hat,

- mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens[3] infrage gestellt wird,

- mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder

[3] siehe Fußnote 1 auf Seite 1

Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,

- mein/unser Unternehmen nicht bereits in der Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war oder dass dadurch keine Wettbewerbsverzerrung resultiert,

- mein/unser Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

- mein/unser Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und keine Auskünfte zurückgehalten hat und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- mein/unser Unternehmen nicht versucht hat oder versuchen wird, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die das Unternehmen unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte,

- mein/unser Unternehmen keine irreführenden oder unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren abgegeben hat oder abgeben wird.

3. Mir/Uns ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines/unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Wettbewerbsregister führen können, eingeholt wurden.

STADT BOCHUM

Ich/Wir versichere/versichern hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten[4] oder zu einem Eintrag in das Wettbewerbsregister[5] führen
könnten.
Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu 3. zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen kann.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die vorstehenden Erklärungen zu 1. bis 3. auch von Unterauftragnehmern zu fordern, die nicht bereits mit dem Teilnahmeantrag benannt werden und vor

---

[4] Verfehlungen, die in der Regel zum Ausschluss des Bewerbers oder Bieters von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen, sind – unabhängig von der Beteiligungsform, bei Unternehmen auch unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten – insbesondere:

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind, u.a. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung – auch im geschäftlichen Verkehr – oder Vorteilsgewährung,
- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden.
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, u.a. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten, sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen, führen dann zum Ausschluss, wenn Tatsachen auch auf unrechtmäßige oder unlautere Einflussnahme auf das Vergabeverfahren hindeuten.

[5] Ein Eintrag in das Wettbewerbsregister kann unabhängig von einem Vergabeausschluss auch erfolgen, wenn die Voraussetzungen des § 2 des Gesetzes zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz – WRegG) vorliegen:

(1) In das Wettbewerbsregister sind einzutragen:

1. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle, die wegen einer der folgenden Straftaten ergangen sind:

a) in § 123 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführte Straftaten,

b) Betrug nach § 263 des Strafgesetzbuchs und Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuchs,

soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet,

c) Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt nach § 266a des Strafgesetzbuchs,

d) Steuerhinterziehung nach § 370 der Abgabenordnung oder

e) wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen nach § 298 des Strafgesetzbuchs;

2. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen und Strafbefehle sowie rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die wegen einer der folgenden Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten ergangen sind, sofern auf Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen erkannt oder eine Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro festgesetzt worden ist:

a) nach § 8 Absatz 1 Nummer 2, den §§ 10 bis 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. März 2017 (BGBl. I S. 399) geändert worden ist,

b) nach § 404 Absatz 1 und 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 8 des Gesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) geändert worden ist,

c) nach den §§ 15, 15a, 16 Absatz 1 Nummer 1, 1c, 1d, 1f und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Februar 2017 (BGBl. I S. 258) geändert worden ist,

d) nach § 21 Absatz 1 und 2 des Mindestlohngesetzes vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 39 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist, oder

e) nach § 23 Absatz 1 und 2 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 40 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist;

3. rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, auch in Verbindung mit § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, wegen Straftaten nach Nummer 1 oder Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten nach Nummer 2 ergangen sind; oder

4. rechtskräftige Bußgeldentscheidungen, die wegen Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Absatz 1 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) ergangen sind, wenn ein Bußgeld von wenigstens einhundertfünfundsiebzigtausend Euro festgesetzt worden ist.

(2) In das Wettbewerbsregister werden ferner Bußgeldentscheidungen eingetragen, die wegen Ordnungswidrigkeiten nach § 81 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 2 Nummer 1 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergangen sind, wenn eine Geldbuße von wenigstens fünfzigtausend Euro festgesetzt worden ist. Nicht eingetragen werden Bußgeldentscheidungen, die nach § 81a Absatz 1 bis 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ergangen sind.

Vertragsschluss vorzulegen.

Hinweis:
Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung dem Teilnahmeantrag beizufügen.

STADT BOCHUM

Formular III
Erklärung zu § 19 Abs. 3 MiLoG

(Das Formular ist von allen beteiligten Unternehmen auszufüllen, d.h. vom Bewerber, sämtlichen Mitgliedern einer Bewerbergemeinschaft und bereits benannten Unterauftragnehmern mit oder ohne Eignungsleihe. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bewerber
☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
☐ Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe
☐ Unterauftragnehmer ohne Eignungsleihe

Gemäß § 19 Abs. 3 MiLoG müssen Öffentliche Auftraggeber für den Bieter/die Bieterin beim Wettbewerbsregister Auskünfte über rechtskräftige Bußgeldentscheidungen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach § 21 Abs. 1 oder 2 MiLoG anfordern oder von diesen eine Erklärung, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Absatz 1 MiLoG nicht vorliegen, verlangen.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 MiLoG nachweislich nicht vorliegen.
- ich/wir zur Kenntnis genommen habe(n), dass auch im Falle einer Erklärung öffentliche Auftraggeber jederzeit zusätzlich Auskünfte aus Wettbewerbsregister anfordern können.

STADT BOCHUM

Formular IV
Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014, in der jeweils geltenden Fassung (zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025)

(*Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen. Bei Bewerbergemeinschaften muss das Formular von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft ausgefüllt werden.* ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bewerber

☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab:

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

   a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

   b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,

   c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

   d) sowie nicht durch sonstige Formen der unmittelbaren oder mittelbaren Kontrolle im Sinne des Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (z. B. über Stimmrechte, Vereinbarungen oder vergleichbare Einflussmöglichkeiten).

2. Ich/wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.

   Dies gilt auch für mittelbar beteiligte Unternehmen und die gesamte Lieferkette, soweit diese für die Leistungserbringung relevant ist.

STADT BOCHUM

3. Ich/Wir bestätigen und stellen sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt und die zu dem von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 erfassten Personenkreis gehören.

   Änderungen in der personellen oder unternehmerischen Struktur, die zu einem Verstoß gegen Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 führen könnten, werden dem Auftraggeber unverzüglich mitgeteilt.

4. Ich/Wir erkläre(n), dass keine Umgehungshandlungen vorgenommen werden, insbesondere keine Einschaltung von Drittstaaten, Treuhandkonstruktionen oder verbundenen Unternehmen zur Umgehung der Vorschriften der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 erfolgt.

Ort, Datum	Firmenname, Unterschrift des Erklärenden
	Name des Erklärenden in Druckschrift

[1] Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung (zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2025/2033 des Rates vom 23. Oktober 2025 lautet wie folgt:

(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU sowie unter Artikel 13 Buch staben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,

b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen gehalten werden, oder

c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b des vorliegenden Absatzes genannten natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und ihre Sicherheit sowie die Weiterführung der Planung, des Baus und der Abnahmetests für die Indienststellung ziviler

Atomanlagen, die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen oder kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung.

b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,

c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,

d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.

e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union.

f) (gestrichen)

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

STADT BOCHUM

Formular V
Eigenerklärung LkSG

(*Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen. Bei Bewerbergemeinschaften muss das Formular von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft ausgefüllt werden.* ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

Eigenerklärung des Bewerbers

zum „Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)“

Die Stadt Bochum unterliegt gemäß § 22 LkSG den Regelungen und Kontrollpflichten des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes. Dieses beinhaltet die Pflicht, angemessene Präventionsmaßnahmen bezüglich ihrer Lieferanten zu ergreifen. Diese Eigenerklärung stellt neben den weiteren Vergabeunterlagen eine risikobasierte Maßnahme dar, um der gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Die Angaben werden nicht an Dritte weitergegeben und nur für das aktuelle Vergabeverfahren genutzt.

1. Wir haben Kenntnis davon genommen, dass die Stadt Bochum (Auftraggeberin) den Verpflichtungen des LkSG unterliegt.

2. Uns ist bekannt, dass unser Unternehmen bei Verstößen gemäß § 22 I LkSG von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für einen angemessenen Zeitraum von bis zu drei Jahren ausgeschlossen werden kann. Es gelten weiterhin die Möglichkeiten der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB.

   Der Ausschluss erfolgt gemäß § 22 II LkSG, wenn ein Verstoß rechtskräftig festgestellt und mit einer Geldbuße von mindestens 175.000 Euro geahndet wurde. Abweichend hiervon wird

   1) in den Fällen des § 24 II Satz 2 in Verbindung mit § 24 II Satz 1 Nr. 2 ein rechtskräftig festgestellter Verstoß mit einer Geldbuße von wenigstens 1.500.000 Euro,

   2) in den Fällen des § 24 II Satz 2 in Verbindung mit § 24 II Satz 1 Nr. 1 ein rechtskräftig festgestellter Verstoß mit einer Geldbuße von mindestens 2.000.000 Euro und

   3) in den Fällen des § 24 III ein rechtskräftiger Verstoß mit einer Geldbuße von wenigstens 0,35 Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes

   vorausgesetzt.

STADT BOCHUM

3. Einhaltung der Rechtsvorschriften (bitte ankreuzen, Erläuterungen siehe Seite 3)

☐ Wir sind **nicht** selbst Verpflichtete nach § 1 LkSG (Anwendungsbereich). Wir versichern, dass durch unser Unternehmen oder einer Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zugerechnet ist, keine rechtskräftigen Verurteilungen aufgrund von Verstößen gegen die jeweils geltenden Gesetze zum Schutz von Menschenrechten und zum Schutz der Umwelt in den letzten fünf Jahren bekannt sind.

☐ Wir sind selbst Verpflichtete nach § 1 LkSG (Anwendungsbereich). Wir erklären, dass keine Geldbußen in der genannten Höhe für die vorgenannten Tatbestände oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gegen unser Unternehmen oder eine Person verhängt worden sind, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist.

4. Uns ist bekannt, dass die Nichteinhaltung oder Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwaig erteilten Auftrags führen kann.

5. Wir sind uns darüber bewusst, dass die Auftraggeberin verlangen kann, dass unser Unternehmen die vorstehenden Erklärungen von Unterauftragnehmern zu fordern hat und diese vor Zustimmung der Auftraggeberin zur Weiterbeauftragung vorzulegen sind.

6. Unser Unternehmen fällt unter die folgende Größenkategorie (bitte ankreuzen)

☐ Kleinstunternehmen

bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Euro Umsatz

☐ Kleines Unternehmen

bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Euro Umsatz und kein Kleinstunternehmen

☐ Mittleres Unternehmen

bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Euro Umsatz und kein kleines Unternehmen

☐ Großunternehmen

über 249 Beschäftigte oder über 50 Millionen Euro Umsatz

<u>Weitere Angaben bei EU-weiten Verfahren</u>

Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (eForms) sind öffentliche Auftraggeber seit dem 25.10.2023 verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen die unten aufgeführten Angaben zu den Auftragnehmern zu veröffentlichen. Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bieter und bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die folgenden Angaben zu machen und mit dem Angebot, im Fall vorgelagerter Teilnahmewettbewerbe mit dem Teilnahmewettbewerb, einzureichen.

7. Für Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschafts- Identifikationsnummer einzutragen Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer zu benennen. Vorzugsweise soll die jeweilige

STADT BOCHUM

Umsatzsteuer-ID (z. B. DE123456789) oder ein Registereintrag (z. B. HRA 12345) in Deutschland eingetragen werden.

Nummer unseres Unternehmens: _____

Art des Eintrags: _____ Wirtschafts-Identifikationsnummer _____

8. Nationalität des Eigentümers

Die Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des beauftragten Unternehmens ist verpflichtend, wenn das beauftragte Unternehmen **nicht** börsennotiert ist.

Die Staatsangehörigkeit bzw. Staatsangehörigkeiten des/der wirtschaftlichen Eigentümer/s des Gewinners, laut Eintrag in dem/den gemäß den Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche eingerichteten Register/n. Wenn kein entsprechendes Register vorhanden ist (z. B. bei Nicht-EU-Auftragnehmern), Informationen aus anderen Quellen.

☐ Unser Unternehmen ist börsennotiert

Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist:

Angaben zu der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers bzw. Angaben zu den Nationalitäten der wirtschaftlichen Eigentümer:

Erläuterungen zu Punkt 3:

Gemäß § 1 LkSG ist das Gesetz ungeachtet ihrer Rechtsform auf folgende Unternehmen anzuwenden:

Unternehmen, die ihre Hauptverwaltung, ihre Hauptniederlassung, ihren Verwaltungssitz oder ihren satzungsmäßigen Sitz im Inland haben und in der Regel mindestens 1 000 Arbeitnehmer im Inland beschäftigen; ins Ausland entsandte Arbeitnehmer sind erfasst.

Weiterhin gilt die Regelung für Unternehmen, die eine Zweigniederlassung gemäß § 13 d HGB im Inland haben und in der Regel mindestens 1 000 Arbeitnehmer im Inland beschäftigen.

Leiharbeitnehmer sind bei der Berechnung der Arbeitnehmerzahl (Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Satz 2 Nummer 2) des Entleihunternehmens zu berücksichtigen, wenn die Einsatzdauer sechs Monate übersteigt.

Innerhalb von verbundenen Unternehmen (§ 15 des Aktiengesetzes) sind die im Inland beschäftigten Arbeitnehmer sämtlicher konzernangehöriger Gesellschaften bei der Berechnung der Arbeitnehmerzahl (Absatz 1 Satz 1 Nummer 2) der Obergesellschaft zu berücksichtigen; ins Ausland entsandte Arbeitnehmer sind erfasst.

STADT BOCHUM

Formular VI
Eigenerklärung zu der Berufs- /Betriebshaftpflichtversicherung

(Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen. Bei Bewerbergemeinschaften kann das Formular von jedem Mitglied oder von der Bietergemeinschaft als solcher ausgefüllt werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bewerber
☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

☐ über eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung bei der

_____

(Bitte eintragen)

mit folgenden Mindest-Deckungssummen pro Versicherungsfall

für Sach- und Personenschäden	5 Mio. EUR
für Vermögensschäden	2.5 Mio. EUR

verfüge(n). Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen müssen pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

☐ im Fall der Auftragserteilung bei der

_____

(Bitte eintragen)

eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit den folgenden Mindest-Deckungssummen
pro Versicherungsfall

für Sach- und Personenschäden	5 Mio. EUR
für Vermögensschäden	2.5 Mio. EUR

abschließen. Die jeweils genannten Mindest-Deckungssummen müssen pro Vertragsjahr 2-fach zur Verfügung stehen.

STADT BOCHUM

Formular VII
Eigenerklärung zu den Umsätzen

(Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen. Bei Bewerbergemeinschaften kann das Formular von jedem Mitglied oder von der Bewerbergemeinschaft als solcher ausgefüllt werden. Das Formular ist im Fall der wirtschaftlichen- und/oder finanziellen Eignungsleihe vom Eignungsverleiher auszufüllen. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bewerber
☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
☐ Eignungsverleiher wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Hinweis: Es muss ein Mindestumsatz im Leistungsbereich Bauleistungen im Hochbau von mindestens 10 Mio. EUR (netto) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Mittel erreicht oder überschritten worden sein (**Mindestanforderung**).

Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Zudem ist der Umsatz des Bewerbers im Leistungsbereich Bauleistungen im Hochbau in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren im Mittel im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant.

Geschäftsjahr	Umsatz in EUR (netto) im Leistungsbereich Bauleistungen im Hochbau
im Mittel	

STADT BOCHUM

Formular VIII
Eigenerklärung zum Unternehmen

(Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen. Bei Bewerbergemeinschaften muss das Formular von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft ausgefüllt werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bewerber
☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Die Angaben zum Unternehmen sind rein informatorisch.

(i) Hauptsitz des Unternehmens:	
(ii) Gründungsjahr:	
(iii) Gesellschafter und Konzernzugehörigkeit	
(iv) Standorte, von denen aus das Programm betreut werden soll	
(v) Aufstellung der Mitarbeitenden nach Berufsgruppen unterteilt:	Gesamtzahl Mitarbeitende: _____ Weitere Angaben zu beschäftigten Berufsgruppen: _____ _____

STADT BOCHUM

	_____ _____ _____ _____
Hinweis: Ein eigens erstelltes Organigramm ist beizufügen.	

STADT BOCHUM

Formular IX.1
Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Neubau

(Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen. Bei Bewerbergemeinschaften kann dieses von jedem Mitglied oder von der Bewerbergemeinschaft als solche ausgefüllt werden. Das Formular ist im Falle der beruflichen und technischen Eignungsleihe vom Eignungsverleiher auszufüllen. Für die Beschreibung/Darstellung und weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bewerber
☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
☐ Eignungsverleiher technische/berufliche Eignungsleihe

HINWEIS: Es ist **mindestens eine** Unternehmens-Referenz nachzuweisen, die kumulativ die folgenden **Mindestanforderungen (a) – (c)** erfüllt:

(a) Schlüsselfertiger Neubau eines Gebäudes als General- oder Totalunternehmer.

(b) Das Gebäude hatte mindestens eine Größe von 500 m² BGF (ohne Tiefgarage).

(c) Die Schlussabnahme des fertiggestellten Gebäudes muss erfolgt und darf nicht vor dem 1. Februar 2020 erfolgt sein.

Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Zusätzlich ist anzugeben, ob die eingereichte Unternehmens-Referenz folgende Zusatzanforderungen erfüllt:

(d) Beim fertiggestellten Gebäude handelt es sich um eine Schule oder eine anderweitige öffentliche Bildungseinrichtung.

(e) Die erbrachten Bauleistungen wurden parallel zum laufenden Schulbetrieb umgesetzt.

(f) Die Referenz umfasste neben den erbrachten Bauleistungen zudem die gesamte Planung des Gebäudes.

(g) Die Referenz umfasste die Planung und Errichtung einer Fassadenbegrünung sowie eines Gründachs.

STADT BOCHUM

Die Erfüllung der Zusatzanforderungen (d) - (g) ist lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant. Ferner ist die Anzahl der eingereichten Referenzen im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant.

Referenz __ :

Auftrags-/Projektbezeichnung: _____

Art der Leistung:

Inhalt der Bauleistung: _____

Gebäudenutzung: _____

m² BGF (ohne Tiefgarage): _____

Referenzgeber (=Auftraggeber): _____

Auftragnehmer: _____

Auftragswert: _____

Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Datum Schlussabnahme des Gebäudes (MM/JJJJ): _____

Kontrollfragen zum Auftragsinhalt der Referenz (bitte ankreuzen):

- Umfasste die Leistung die Erbringung eines schlüsselfertigen Neubaus eines Gebäudes als General- oder Totalunternehmer? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Hatte das Gebäude mindestens eine Größe von 500 m² BGF (ohne Tiefgarage)? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Ist es zutreffend, dass die Schlussabnahme des fertiggestellten Gebäudes erfolgt und nicht vor dem 1. Februar 2020 erfolgt ist? (**Mindestanforderung**)

☐ ja ☐ nein

- Handelt es sich bei dem fertiggestellten Gebäude um eine Schule oder anderweitige öffentliche Bildungseinrichtung? (Zusatzanforderung; lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant)

  ☐ ja ☐ nein

- Wurden die erbrachten Bauleistungen parallel zum laufenden Schulbetrieb umgesetzt? (Zusatzanforderung; lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant)

  ☐ ja ☐ nein

- Umfasste die Referenz neben den erbrachten Bauleistungen zudem die gesamte Planung des Gebäudes? (Zusatzanforderung; lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant)

  ☐ ja ☐ nein

- Umfasste die Referenz die Planung und Errichtung einer Fassadenbegrünung sowie eines Gründachs? (Zusatzanforderung; lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant)

  ☐ ja ☐ nein

STADT
BOCHUM

Beschreibung des (jeweiligen) Auftrags/Projekts und Darstellung der erbrachten Leistungen.

STADT BOCHUM

Formular IX.2
Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Objektplanung

(Das Formular ist von jedem Bewerber auszufüllen. Bei Bewerbergemeinschaften kann dieses von jedem Mitglied oder von der Bewerbergemeinschaft als solche ausgefüllt werden. Das Formular ist im Falle der beruflichen und technischen Eignungsleihe vom Eignungsverleiher auszufüllen. Für die Beschreibung/Darstellung und weitere Referenzprojekte können ggf. Zusatzblätter oder zusätzlich eigene Unterlagen als Anlagen verwendet werden. ***Das Formular ist erforderlichenfalls zu vervielfältigen****.)*

_____

(Firma eintragen)

Rolle des Unternehmens im Vergabeverfahren:

☐ Bewerber
☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
☐ Eignungsverleiher technische/berufliche Eignungsleihe

HINWEIS: Es sind **mindestens zwei** Unternehmens-Referenzen nachzuweisen, die jeweils kumulativ die folgenden **Mindestanforderungen (a) – (e)** erfüllen:

(a) Die Erbringung von Architektenleistungen (Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß § 34 i.V. m. Anlage 10 HOAI);

(b) im Zuge des Neubaus einer Schule oder anderweitigen, öffentlichen Bildungseinrichtung,

(c) wobei das Gebäude mindestens eine Größe von 500 m² BGF (ohne Tiefgarage) hatte.

(d) Es müssen mindestens Planungsleistungen in den Leistungsphasen 2 – 5 gemäß HOAI erbracht worden sein.

(e) Die Objektplanungsleistungen müssen abgenommen sein und eine Abnahme darf nicht vor dem 1. Februar 2020 erfolgt sein.

Andernfalls erfolgt ein Ausschluss.

Zusätzlich ist anzugeben, ob die eingereichten Unternehmens-Referenzen folgende Zusatzanforderungen erfüllen:

(f) Die zusätzliche Erbringung von Planungsleistungen in den Leistungsphasen 6 – 8 gemäß HOAI.

(g) Die Planungsleistungen haben die Planung einer Mensa mit Küche umfasst.

STADT BOCHUM

Die Erfüllung der Zusatzanforderungen (f) und (g) ist lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant.

Referenz __ :

Auftrags-/Projektbezeichnung: _____

Art der Leistung:

Inhalt der Leistungen: _____

Leistungsphasen: _____

Gebäude: _____

m² BGF (ohne Tiefgarage): _____

Referenzgeber (=Auftraggeber): _____

Auftragnehmer: _____

Auftragswert: _____

Ausführungszeitraum (MM/JJJJ): _____

Datum Abnahme der Planungsleistungen (MM/JJJJ): _____

Kontrollfragen zum Auftragsinhalt der Referenz (bitte ankreuzen):

- Umfasste die Leistung die Erbringung von Architektenleistungen (Leistungsbild Objektplanung Gebäude und Innenräume gemäß § 34 i.V. m. Anlage 10 HOAI)? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Sind die Leistungen im Zuge des Neubaus einer Schule oder anderweitigen, öffentlichen Bildungseinrichtung erbracht worden? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

STADT BOCHUM

- Hatte das Gebäude mindestens eine Größe von 500 m² BGF (ohne Tiefgarage)? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Wurden dabei mindestens Planungsleistungen in den Leistungsphasen 2 – 5 nach HOAI erbracht? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Ist es zutreffend, dass die Objektplanungsleistungen abgenommen sind und die Abnahme nicht vor dem 1. Februar 2020 erfolgt ist? (**Mindestanforderung**)

  ☐ ja ☐ nein

- Wurden Planungsleistungen in den Leistungsphasen 6 – 8 gemäß HOAI erbracht? (Zusatzanforderung; lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant)

  ☐ ja ☐ nein

- Umfassten die Planungsleistungen die Planung einer Mensa mit Küche? (Zusatzanforderung; lediglich im Rahmen der Reduzierungskriterien relevant)

  ☐ ja ☐ nein

STADT
BOCHUM

Beschreibung des (jeweiligen) Auftrags/Projekts und Darstellung der erbrachten Leistungen.

STADT BOCHUM

Formular X
Verzeichnis der Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher

Ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft kann andere Unternehmen als Unterauftragnehmer und/oder Eignungsverleiher einsetzen.

Hinweis: *Im Hinblick auf die Einreichung zusätzlicher Unterlagen sind drei Fälle zu unterscheiden:*

Fall 1: *Für die Benennung eines Unterauftragnehmers ohne Eignungsleihe hat der Bewerber zusätzlich für jeden Unterauftragnehmer einzureichen: die zum Nachweis der Zuverlässigkeit und Gesetzestreue des Unterauftragnehmers unter Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I, IV und V.*

Fall 2: *Für die Benennung eines Unternehmens als Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe bezogen auf die technische oder berufliche Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Referenzen zu bestimmten Arbeiten" bezeichnete Unterlage (Formular IX.1 "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Neubau") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter "Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen" bezeichnete Unterlage (Formular IX.2 "Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen - Objektplanung") für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (iii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I, IV und V auch von diesem benannten Dritten, (iv) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XI.*

Hinweis zu Fall 2: *Ein Bewerber oder eine Bewerbergemeinschaft kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung, für die diese Kapazitäten benötigt werden, tatsächlich erbringen werden.*

Fall 3: *Für die Benennung eines Unternehmens als Eignungsverleiher bezogen auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit hat der Bewerber zusätzlich einzureichen: (i) die unter Abschnitt 5.1.9 "Eignungskriterien", dort unter „Durchschnittlicher Jahresumsatz“ bezeichnete Unterlage (Formular VII „Eigenerklärung zu den Umsätzen“) für diesen Dritten in dem Umfang, in dem sich der Bewerber auf die Kapazitäten des Dritten zum Nachweis der Leistungsfähigkeit beruft, (ii) die in Abschnitt "Eintragung in ein relevantes Berufsregister" der EU-weiten Bekanntmachung aufgeführten Unterlagen allesamt mit Ausnahme der Formulare I, IV und V auch von diesem benannten Dritten, (iii) eine Verpflichtungserklärung von dem Unterauftragnehmer unter Verwendung von Formular XII.*

Hinweis zu Fall 3: *Das Unternehmen wird in haftungsrechtlicher Hinsicht mit dem Zuschlagsempfänger als Gesamtschuldner behandelt. Es wird darauf hingewiesen, dass ein*

STADT BOCHUM

anderes Unternehmen nicht nur ein selbständiges, von dem Bewerber rechtlich verschiedenes Unternehmen sein kann, sondern hierunter auch ein konzernverbundenes/-angehöriges Unternehmen zu verstehen ist.

☐ Ein Einsatz von Unterauftragnehmern und/oder Eignungsverleihern ist nicht vorgesehen

☐ Wir benennen folgende Unternehmen als Eignungsverleiher und/oder Unterauftragnehmer:

Firma des weiteren einzusetzenden Unternehmens	Technische/ Berufliche Eignungsleihe?	Beschreibung der Teilleistung, wenn Unterauftragnehmer	Wirtschaftliche/ Finanzielle Eignungsleihe?
	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein
	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein
	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein

ggf. zu vervielfältigen!

STADT BOCHUM

Formular XI
Verpflichtungserklärung des Dritten zur Eignungsleihe der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

Firma des Bewerbers: _____

Firma des sich verpflichtenden Dritten: _____

Die Eignungsleihe besteht für den Bewerbers hinsichtlich folgender Nachweise der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft gemäß EU-weiter Bekanntmachung:

☐	Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen – Neubau (Formular IX.1)
☐	Eigenerklärung zu den Unternehmens-Referenzen – Objektplanung (Formular IX.2)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/die o.g. Bewerbergemeinschaft diesem/dieser mit den Fähigkeiten (Mittel/Kapazitäten) unseres Unternehmens für die Dauer der Vertragsdurchführung uneingeschränkt zur Verfügung zu stehen und die benannten Teilleistungen selbst auszuführen.

Die weiteren notwendigen Unterlagen betreffend unser Unternehmen haben wir beigefügt: Dies sind alle Erklärungen und Nachweise gemäß Abschnitt „Eintragung in ein relevantes Berufsregister“ der EU-weiten Bekanntmachung mit Ausnahme der Formulare I, IV und V.

_____ _____

(Ort, Datum) (Unterschrift des Dritten, Firmenstempel)

STADT BOCHUM

Formular XII
Verpflichtungserklärung des Dritten zur Eignungsleihe der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

Firma des Bewerbers: _____

Firma des sich verpflichtenden Dritten: _____

Die Eignungsleihe besteht für den Bewerbers hinsichtlich folgender Nachweise der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft gemäß EU-weiter Bekanntmachung:

☐ Eigenerklärung zu den Umsätzen (Formular VII)

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/die o.g. Bewerbergemeinschaft zur gesamtschuldnerischen Haftung gemeinsam mit dem Bieter/Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber.

Die weiteren notwendigen Unterlagen betreffend unser Unternehmen haben wir beigefügt. Dies sind alle Erklärungen und Nachweise gemäß Abschnitt „Eintragung in ein relevantes Berufsregister“ der EU-weiten Bekanntmachung mit Ausnahme der Formulare I , IV und V.

_____ _____

(Ort, Datum) (Unterschrift des Dritten, Firmenstempel)